

Aargau



Dominic Kobelt

Die Strafverfolgungsbehörden luden am Freitag zur gemeinsamen Medienkonferenz. Die Arbeit habe zugenommen, sei komplexer und vernetzter geworden, waren sich die Vertreterinnen und Vertreter aller Institutionen einig. Das sind die wichtigsten Punkte:

Wie ist die polizeiliche Lage im Kanton Aargau?

Laut Dieter Egli, Vorsteher des Departements Volkswirtschaft und Inneres, ist die Sicherheit im Aargau nach wie vor hoch. Erfreulich: Dank guter Zusammenarbeit zwischen Polizei und Staatsanwaltschaft konnten alle 19 Tötungsdelikte – 4 vollendete und 15 versuchte – aufgeklärt werden.

Polizeikommandant Michael Leupold hat sechs Punkte herausgestrichen, welche die Kantonspolizei im Jahr 2023 besonders beschäftigten: serielle Vermögensdelikte (Autoaufbrüche, Einbrüche), Cyberkriminalität, Strukturkriminalität (umgangssprachlich organisierte Kriminalität), Hotspots, Landessicherheit und Verkehrssicherheit.

Diebstähle aus Fahrzeugen: «Zusammenarbeit muss verbessert werden»

2019 wurden nur sehr wenige Diebstähle aus Fahrzeugen begangen – das Phänomen schien zu verschwinden. Seither haben sich die Delikte jedoch verachtfacht. Täter sind mehrheitlich junge Asylsuchende aus den Maghreb-Staaten (Algerien, Libyen, Marokko, Mauretanien und Tunesien). Leupold erklärte, die Zusammenarbeit zwischen den Kantonen müsse verstärkt werden. «Es ist wichtig, dass laufende Strafverfahren gegen eine Person bei einer Behörde zusammen-

geführt werden, damit eine Gesamtstrafe gefällt werden kann, die Wirkung zeigt», sagte er.

Cyberkriminalität: Schlag gegen Kinderpornoring gelungen

Obwohl die Polizei und die Medien laufend über Telefonbetrüger informieren, haben die Fälle um 70 Prozent zugenommen. «Manchmal ist den Opfern das Phänomen sogar bekannt – trotzdem sind sie überzeugt, dass es sich in ihrem Fall um einen echten Anruf handelt», sagte Leupold. Bekannt ist etwa die Masche mit dem falschen Polizisten, der darum bittet, Wertgegenstände zu übergeben, weil sich Einbrecher in der Gegend aufhalten. Im Bereich Cybercrime hat es zudem mehrere Verfahren im Zusammenhang mit Kinderpornografie gegeben. Bei diesen müssen die Strafverfolgungsbehörden oft international agieren. Philipp Umbricht, Leitender Oberstaatsanwalt, wies diesbezüglich auf den Fall eines Forenbetreibers von Kinderpornografie hin, bei dem fast 1,5 Millionen Dateien sichergestellt wur-

den. «Das war ein grosser, aufwendiger Fall, und er ist typisch für die momentane Entwicklung – wir standen mit 13 Staatsanwaltschaften in drei verschiedenen Ländern in Kontakt.»

Strukturkriminalität hat sich im Aargau festgesetzt

Auch im Aargau habe sich die Strukturkriminalität festgesetzt, erklärte Polizeikommandant Leupold. Vertieft ging er auf Betriebe ein, die zur Drehscheibe von kriminellen Organisationen werden können: «Ich denke da an Schnellimbisse, Barbershops, Shishabars oder Nagelstudios», so Leupold. Auch hier müsse die Polizei oft kontrollieren, weil keine Anzeigen eingehen würden: «Es sind Delikte gegen Allgemeininteressen, oder die betroffenen Opfer stehen unter Druck und gehen nicht zur Polizei», so Leupold.

Hotspots: Leupold warnt vor rechtsfreien Räumen

Die Kantonspolizei Aargau stellte eine «vermehrte Szenenbildung» an Bahn-

höfen wie Aarau und Brugg sowie in Innenstädten fest. Hier brauche es viele Kontrollen und damit Ressourcen. «Wenn eine Person für einen Monat vom Bahnhof Aarau weggewiesen wird, dann müssen wir in dieser Zeit auch mit Kontrollen präsent sein, damit die Person sanktioniert werden kann, falls sie wieder auftaucht», erklärte Leupold. Ziel sei, dass keine rechtsfreien Räume im Aargau entstehen würden. «Wenn diese sich etabliert haben, bringt man sie fast nicht mehr weg.»

Landessicherheit: WEF beschäftigte auch den Aargau

Landstadthalter Dieter Egli führte aus, dass geopolitische Konflikte wie der Ukraine-Krieg oder der Terroranschlag gegen Israel auch die Sicherheitslage im Aargau beeinflussen würden. «Einerseits lösen sie Migrationsbewegungen aus, die Konflikte werden aber auch in unser Land hineingetragen, bis hin zu terroristischen Bedrohungen.» Leupold erläuterte dazu, dass die Kantonspolizei Aargau auch damit be-

schäftigt gewesen sei, kritische Infrastruktur zu schützen und Sabotageakte abzuwehren. «Beispielsweise war am WEF und den damit zusammenhängenden zwei Staatsbesuchen in Bern auch die Kantonspolizei Aargau massiv gefordert.»

Verkehrssicherheit: Weniger Tote, mehr E-Bike-Unfälle

Im Jahr 2022 hat es im Aargau 22 Verkehrstote gegeben – ungefähr doppelt so viele wie jeweils in den Jahren davor. 2023 ist man auf dem alten Wert zurück, zehn Personen kamen auf Aargauer Strassen ums Leben. Eine unschöne Entwicklung zeigt sich bei den Unfällen mit Fussgängern, E-Bikes und Trendfahrzeugen; diese nehmen zu.

Beatriz Gil Fernandez, Leiterin der Jugendanwaltschaft, ging auf die Problematik der E-Roller ein: «Vielen ist nicht bewusst, dass sie im Alter von 14 Jahren einen Mofa-Ausweis benötigen, um diese zu fahren.» Im dümmsten Fall mache sich die halbe Familie strafbar, führte Fernandez aus: «Der Vater, weil er den E-Roller dem Junior überlassen hat, obwohl dieser keinen Ausweis hat, der Junior, weil er ohne Ausweis gefahren ist, und das jüngere Geschwister, weil es hinten draufgestanden ist.»

Bancomaten-Sprengungen: Ist das Problem gelöst?

Während an der Medienkonferenz 2022 die Sprengung von Bancomaten noch ein grosses Thema war, hat man davon im Aargau in letzter Zeit nicht mehr viel gehört. Was ist der Grund? «Wir hatten wohl Glück – die Lage ist unverändert und in anderen Kantonen ist es weiterhin zu solchen Delikten gekommen», sagte Leupold auf Nachfrage. Viele Bancomaten, die nicht stark frequentiert wurden oder ungünstig gelegen waren, seien aufgehoben



Bild: Alex Spichate

ben worden. Zudem sei eine der seltenen Verhaftungen von Tätern gelungen, die einen Bancomaten sprengen wollten.

Staatsanwaltschaft: Schwerere Taten, längere Verfahrensdauer

Zum sechsten Mal hintereinander gebe es bei der Staatsanwaltschaft einen Höchstwert bei den Falleingängen, führte der leitende Oberstaatsanwalt Philipp Umbricht aus – 45 500 waren es 2023. «Wir haben aber auch einen Höchstwert bei der Fallerledigung, nämlich 44 500.» Auch die durchschnittliche Verfahrensdauer habe zugenommen. «Das bereitet mir Sorgen. Strafverfahren belasten Beschuldigte und Opfer», erklärte Umbricht. Der Wunsch, das ein Verfahren rasch abgehandelt werde, sei berechtigt. «Diesen können wir nicht mehr immer so erfüllen, wie wir gerne würden.»

Umbricht kam auch auf die Verfahrensinhalte zu sprechen: «Eine Geschwindigkeitsübertretung verursacht normalerweise weniger Aufwand als ein Tötungsdelikt.» Er stellte fest, dass die Schwere der Fälle leicht angestiegen sei – es gab rund 15 Prozent mehr Anklagen, aber auch bei den Strafbefehlen haben die durchschnittlichen Strafen zugenommen.

Von den rund 750 Anklagen, die 2023 erhoben wurden, mussten zwischen 200 und 250 zwingend vor Gericht, weil es um Landesverweise oder Tätigkeitsverbote gehe – auch bei geringfügigen und mittleren Delikten ist dies vorgeschrieben.

Jugendstaatsanwaltschaft: Mehr Haftfälle, jüngere Täter

Auch die Jugendstaatsanwaltschaft hatte im letzten Jahr mehr Fälle zu behandeln – 2022 waren es knapp 2700 Verfahren, 2023 über 3000. «Trotzdem

möchte ich festhalten, dass über 97 Prozent der Jugendlichen nie mit dem Strafrecht in Kontakt kommen», sagte Beatriz Gil Fernandez, Leiterin der Jugendanwaltschaft.

«Es gab eine Steigerung der Gewaltdelikte», erklärte Fernandez. Genau wie bei der Staatsanwaltschaft wurden die Fälle länger und komplexer, zum Teil stehe man enormen Datenmengen gegenüber. Zudem sind die Täterinnen und Täter im Schnitt jünger geworden. «Das hat viel mit den Cyberdelikten zu tun, davon sind besonders Jüngere betroffen», so Fernandez. Bereits im Alter von zehn Jahren hätten viele ein Handy, manchmal sei der Umgang problematisch, zumindest seien die Jugendlichen aber neugierig. Mit der Revision des Pornografieartikels wird in diesem Bereich manches Verhalten entkriminalisiert. «Wir sind gespannt, wie sich das auswirken wird», so Fernandez.

Eine Zunahme war auch bei der Kinderpornografie, Beschimpfungen und Bedrohungen spürbar. «Das sind Delikte, die oft im Zusammenhang mit Cybermobbing oder Sexting stehen», sagte Fernandez.

Wie reagieren die Parteien?

Die FDP und die SP haben sich nach der Medienkonferenz mit Communiqués geäußert. «Die FDP Aargau setzt sich für eine Stärkung der Strafverfolgungsbehörden und Polizei ein», heisst es in einer Mitteilung. Dass der Grosse Rat der Staatsanwaltschaft nur einen Teil der beantragten zusätzlichen Stellen bewillig habe, sei ein Fehler gewesen. Die SP macht sich in ihrer Mitteilung für eine Einheitspolizei stark: «Der Regierungsrat ist mit seinem Vorhaben, die dezentrale und duale Polizeiarbeit in einer Polizei zusammenzuführen, auf dem richtigen Weg.»